

EUROPA ZWISCHEN INTEGRATION UND DESINTEGRATION

Zum Spannungsfeld zwischen ökonomischer und
politischer Integration

Brigitte Unger

1. Ein sozioökonomischer Ansatz zur Analyse von institutionellen Schocks

Traditionelle ökonomische Ansätze haben bisher in erster Linie Angebots- und Nachfrageschocks analysiert, was durchaus adäquat war, solange Nachfrageschocks der 70er Jahre und Angebotschocks der 80er Jahre vorherrschten. Die typischen Schocks der 90er Jahre sind jedoch institutionelle Schocks, für deren Analyse die traditionellen Instrumente der vorherrschenden neoklassischen ökonomischen Analyse versagen. Wir brauchen uns nur in Erinnerung zu rufen, welche peinlichen Konsequenzen die ökonomischen Beratungen in Osteuropa hatten, die die Rolle von Institutionen bei der Schaffung einer Marktwirtschaft völlig unterschätzten (siehe Kregel/Matzner/Grabher 1992). Die Vorhersagen über die Geschwindigkeit der Anpassungsprozesse und über die zu treffenden Maßnahmen haben sich als völlig falsch erwiesen. Ökonomen haben sich auch bezüglich der wirtschaftspolitischen Ergebnisse in Output und Beschäftigung, die solche Maßnahmen nach sich ziehen würden, völlig verschätzt. Wir bekamen einen Paradefall als Beweis geliefert, daß die ökonomische Analyse mit institutionellen Schocks nicht adäquat umgehen kann.

Was passiert, wenn eine Wirtschaft einen institutionellen Schock erleidet, der Präferenzordnungen, die Menge von möglichen Wahlhandlungen, strategische Optionen und Reaktionsmuster ökonomischer und politischer Akteure durcheinanderwirft und völlig ver-

ändert? Präferenzen, Optionen und mögliche Verhaltensmuster sind genau die Variablen, die Ökonomen üblicherweise als gegeben annehmen und konstant halten um ihre ökonomische Analyse durchführen zu können. Sogar innerhalb der Spieltheorie muß man bestimmte Zustände der Welt als gegeben annehmen, innerhalb derer das Spiel gespielt werden kann. Aber das ist genau nicht der Fall, wenn ein institutioneller Schock auftritt. Die Zustände der Welt werden verändert.

Die Europäische Union und der geplante dritte Schritt des Delors-Plans – die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion – können ebenfalls als institutionelle Schocks interpretiert werden, weil sie die Menge der verfügbaren Optionen ökonomischer und politischer Akteure verändern, weil sie Kompetenzen transferieren und Reaktionsmuster verändern. Wer innerhalb einer rein ökonomischen Analyse verharrte, würde insbesondere die Veränderung politischer Verhaltensmuster auf die Ökonomie unterschätzen. Es scheint daher angebracht, einen interdisziplinären, sozioökonomischen Ansatz zu wählen. Da die wichtigsten Parameter des Nutzen-Maximierungskalküls sich plötzlich und drastisch verändern können, ist es angebracht, einen nicht rationalen Wahlhandlungsansatz, einen nicht-neoklassischen Ansatz, zu wählen. Der Vorteil des interdisziplinären Ansatzes ist es, daß insbesondere das Wechselspiel zwischen politischer und ökonomischer Integration analysiert werden kann.

2. *Verschiedene Bereiche von Integration*

Integration (lateinisch: integrare, eine Einheit erzeugen) bezieht sich, wenn man die lateinische Wurzel berücksichtigt, immer auf einen Prozeß. Es ist daher angebracht, einen prozessualen und nicht einen statischen Ansatz zu wählen. Man unterscheidet positive von negativer Integration. Während positive Integration die Transformation von europäischer Politik in nationale Gesetze und Verwaltungspraktiken erfordert, besteht negative Integration lediglich in einer Eliminierung von Handelsbarrieren. Dieser Integrationsprozeß kann positiv besetzt sein (Matzner 1993), z.B. indem die Schaffung einer Europäischen Union als Zivilisationsprozeß interpretiert wird, als ein Fortschritt in Richtung Norbert Elias zivilisierte Gesellschaft. Und er kann negativ besetzt sein, so etwa kann man die Europäische Union als Etablierung einer »Räuberbande« von Lobbyisten sehen, wo sich

vor allem die Frage stellt, ob man sich den Räubern oder den Beraubten anschließen soll (Gerüchte sagen, daß diese These von Erwin Weissel stammt). Im Folgenden möchte ich mich aber vor allem auf den Integrationsprozeß in vier Bereichen beziehen: legale Integration, ökonomische Integration, politische Integration und soziale Integration der Europäischen Union.

2.1 *Legale Integration*

Legale Integration ist die treibende Kraft des Europäischen Integrationsprozesses. Sie ist am weitesten fortgeschritten. Die Struktur der nationalen Gesetzesordnung ändert sich völlig, wenn Gesetzesnormen, die auf europäischer Ebene beschlossen wurden, plötzlich in die Sphäre des nationalen Rechts eindringen. Das geschlossene Rechtssystem, das bisher ein wesentlicher Bestimmungsgrund eines souveränen Nationalstaates war, ist damit Geschichte geworden (siehe Bogdandy 1993, 51). Die Anzahl von europäischen Gesetzen, die in nationalen Parlamenten in nationales Recht umgeformt werden, ist beeindruckend: Mehr als 70 Prozent der Gesetzesnormen, die 1993 im holländischen Parlament beschlossen wurden, waren Gesetze der Europäischen Gemeinschaft (siehe van Waarden 1994).

Doch auch legale Integration ist kein glatter, eindeutig determinierter Prozeß. Wie Bogdandy (1993, 55) zeigt, sind eine Reihe von Bestimmungen der einheitlichen Europäischen Akte von 1986 und des Unionsvertrags von 1992 in diversen Bereichen für verschiedene Länder unterschiedlich. Dies ermöglicht daher eine »differenzierte Integration«. Ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten wird laut Bogdandy (1993) das Ergebnis dieses Integrationsprozesses sein. Dies bedeutet, daß selbst die gesetzliche Integration auf Grund politischer, ökonomischer und sozialer Beschränkungen ihre Grenzen hat.

2.2 *Ökonomische Integration*

Ökonomische Integration kann von einer Freihandelszone (wie die EFTA), wo Handelsbarrieren und Zölle nur innerhalb der Union beseitigt werden, bis zu einer Zollunion rangieren, wo ein einheitlicher Außenzoll gegenüber Nicht-Mitgliedsländern auferlegt wird (Europäi-

sche Gemeinschaft). Ökonomische Integration ist noch weiter fortgeschritten in einem Binnenmarkt mit einer einheitlichen Wettbewerbspolitik. Der höchste Grad von ökonomischer Integration ist eine ökonomische Union ohne Grenzen für Arbeit, Kapital, Güter und Dienstleistungen und mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik auf der supranationalen Ebene (siehe Matzner 1993, 63). Aber was ist das Ergebnis dieses Integrationsprozesses, was ist der Effekt von Integration? Der österreichische Politiker Gorbach hat es in den 60er Jahren auf einen einfachen Nenner gebracht: »Integration ist das, was dabei herauskommt«. Das Ausmaß von effektiver ökonomischer Integration wird in der Diskussion oft überschätzt. Die ökonomische Integrationseuphorie stammt von der Tatsache, daß Integration per Gesetz (die vier Freiheiten) automatisch als realisiert, als effektive ökonomische Integration, interpretiert wird. Diese Auffassung überschätzt die Macht des Gesetzes. Per Gesetz die Grenzen aufzutun bedeutet nicht automatisch, daß die vier Freiheiten auch genutzt werden. Effektive ökonomische Integration sollte ferner nicht nur in gestiegenen Handelsströmen sich ausdrücken, sondern sollte auch zu einer Konvergenz ökonomischer Variablen führen. Wenn Faktoren mobil sind, sollten ökonomische Daten der einzelnen Nationen sich immer mehr angleichen: Arbeit würde zu den höchsten Löhnen gehen, und daher zu einer Konvergenz der Löhne führen. Kapital würde zu den höchsten Profiten gehen, und daher die Profitraten und Zinssätze angleichen. Und Güter und Dienstleistungen würden vom billigsten Anbieter gekauft werden und daher die Güter und Dienstleistungspreise auf dasselbe Niveau drücken. Effektive ökonomische Integration sollte daher in einer Tendenz zur Konvergenz der ökonomischen Variablen sich ausdrücken.

Was wir aber tatsächlich beobachten ist genau das Gegenteil. Die Konvergenz makroökonomischer Variablen scheint seit 1973 in den Daten nicht auf. Diskontsätze weisen noch am ehesten Konvergenz auf, wenn man von einigen »exotischen« Hochinflationenländern wie Island, Griechenland und Portugal absieht. Trotzdem sind die Unterschiede zwischen den konvergierenden Ländern immer noch beachtlich (1991 betrug der Diskontsatz in Frankreich 9,5%, in Deutschland 6% und in England 14%). Diese Zinsdifferenzen beinhalten Wechselkursrisikoprämien und Liquiditätsprämien. Selbst wenn keine Veränderungen der Wechselkurse erwartet würden (etwa bei unwiderruflich fixen Wechselkursen), bliebe die Liquiditätsprämie immer noch

Grund für Unterschiede in den Zinssätzen. Nichtsdestoweniger ist die Geldpolitik, die vom mobilen Faktor Kapital am meisten abhängig ist, von internationalen Trends am stärksten beeinträchtigt. Auch die Inflationsraten konvergieren leicht, obgleich sich Inseln von Hoch- und Niedriginflationsländern in Europa bilden (Süd und Nord u.a.). Diese Unterschiede zwischen den Inflationsinseln scheinen dauerhaft zu sein. Während monetäre Variable aufgrund der Abhängigkeit vom international mobilen Faktor Kapital noch am ehesten Konvergenztendenzen aufweisen, entwickeln sich reale Variablen auseinander. Die Arbeitslosenraten z.B. scheinen am wenigsten vorhersehbar zu sein was Konvergenz anbelangt: Innerhalb der EFTA-Länder kann man beobachten, daß Arbeitslosenraten divergieren, eine unterschiedliche politische Bedeutung erhalten und unterschiedlich von den einzelnen Ländern bekämpft werden. Innerhalb der Europäischen Union scheint eine »Stagnation« der Konvergenz seit 1985 zu bestehen (vgl. Unger/Klatzer 1991). Jüngste Vorhersagen über die Entwicklung der Arbeitslosenraten in den OECD-Ländern zeigen, daß es einen gemeinsamen Trend zu steigenden Arbeitslosenraten gibt, aber doch essentielle Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bestehen bleiben. In den letzten vier Jahren gab es den höchsten Anstieg bei den Arbeitslosenraten in Finnland (+16,4%), Spanien (+6,5%) und in Schweden (+6,2%). Die niedrigste Veränderung verzeichneten Italien (-0,1%), Norwegen (+0,7%) und Portugal (+1,3%) (vgl. Tabelle 1).

Nicht nur die Arbeitslosenraten, auch die Leistungsbilanzen divergieren. Seit 1974 läßt sich eine deutliche Divergenz der Leistungsbilanzen feststellen (vgl. Hartmann 1993).

Der kurze Überblick über die Konvergenz/Divergenz makroökonomischer Variablen wie Zinssätze, Inflation, Arbeitslosenraten und Leistungsbilanzen sollte veranschaulichen, daß – sofern Konvergenz überhaupt stattfindet – dies ein sehr langsamer Prozeß ist. Nicht nur reales Wachstum – wie Barro/Sala-I-Martin (1991) feststellten –, sondern auch andere makroökonomische Variablen wie Zinssätze und Inflation konvergieren nur sehr langsam. Die Konvergenz der monetären Variablen geht auf Kosten der realen Variablen, wie eine empirische Studie über Arbeitslosigkeit und Inflationsraten zeigt (vgl. Unger/Grandner 1993). Die Konvergenz ökonomischer Variablen ist daher nicht eine automatische Folge der Aufhebung von Grenzen für Arbeit, Kapital und Güter. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß recht-

liche Regelungen sich automatisch in der ökonomischen Wirklichkeit widerspiegeln.

Tabelle 1: Arbeitslosenraten in EU und EFTA Ländern (in Prozent).

Land	1990	1994	Veränderung
Deutschland	6,0	10,1	+4,1
Frankreich	8,9	12,4	+3,5
Italien	11,5	11,1	-0,4
England	5,9	10,0	+4,1
Belgien	8,7	13,0	+4,3
Dänemark	9,5	11,9	+2,4
Griechenland	7,6	10,7	+3,1
Irland	13,7	17,8	+4,1
Luxemburg	1,1	2,7	+1,6
Niederlande	7,6	9,3	+1,7
Portugal	4,7	6,0	+1,3
Spanien	16,3	23,8	+7,5
EU	8,7	12,0	+3,3
Österreich	3,2	5,3	+2,1
Finnland	3,5	19,9	+16,4
Island	1,8	5,1	+3,3
Norwegen	5,2	5,9	+0,7
Schweden	1,6	8,8	+7,2
Schweiz	0,5	5,0	+4,5
OECD-Europa	8,1	11,4	+3,3

Quelle: OECD Analytical Database, freundlicherweise bereitgestellt vom Institut für höhere Studien, Wien und eigene Berechnungen.

Am auffälligsten bei den Konvergenzuntersuchungen ist sicherlich, daß die Arbeitslosenraten stark divergieren. Zwei ökonomische Faktoren scheinen dafür verantwortlich zu sein:

1. Ist die Arbeitsmobilität weitaus geringer als man a priori bei einem Öffnen der Grenzen vermuten würde. Die Mobilität von Arbeit wird im europäischen Integrationsprozeß häufig stark überschätzt. Arbeitsmobilität ist aber (außer für einige sehr hoch und sehr niedrig qualifizierte Jobs) äußerst begrenzt. Üblicherweise verhindern

länderspezifische Ausbildungsmuster, Sprachbarrieren und kulturelle Verbundenheit hohe Arbeitsmobilität. Empirische Studien zeigen, daß die Migration tatsächlich sehr begrenzt ist. Sogar in den USA, mit einer viel homogeneren Struktur, mit Arbeitskräften, die hauptsächlich eine Sprache sprechen, ist Migration nicht unbegrenzt. Denn auch in den USA sind Löhne und Arbeitslosenraten zwischen den einzelnen Bundesstaaten deutlich verschieden und bewirken nicht automatisch einen ausgleichenden Gegenstrom von Arbeitern (siehe Dye 1991). Die Arbeitslosenraten der amerikanischen Bundesstaaten schwankten 1991 zwischen 10,5% (in West-Virginia) und 2,7% (in Nebraska). In Europa ist aufgrund von Sprachbarrieren, nationalspezifischen Ausbildungsmustern, kulturellen Verbundenheiten die Arbeitsmigration wesentlich geringer. Die Arbeitsmobilität in Europa ist gemäß einer OECD-Studie (1993) rund 1/3 von jener in den USA. Die Arbeitslosenraten in Europa liegen zwischen 23,8% (in Spanien) und 6% (in Portugal). Wenn wir Luxemburg mit einbeziehen sind die Unterschiede sogar noch größer. Nur die Kernländer scheinen sich in ihren Arbeitslosenraten anzugleichen. Da Sprachbarrieren, nationale Identitäten, kulturelle Differenzen etc. auch innerhalb der Europäischen Union aufrechterhalten werden, sind große Migrationströme auch in Zukunft nicht zu erwarten.

2. Neben einer begrenzten Arbeitsmobilität, die ein Angleichen der Arbeitslosenraten verhindert, sind auch Unterschiede im Lohnverhandlungssystem ein erklärender Faktor für die Divergenz von Arbeitslosenraten. Institutionen spielen eine wichtige Rolle bei der Erklärung der Divergenz der Arbeitslosenraten und anderer ökonomischer Leistungsindikatoren. So etwa kann gezeigt werden, daß makroökonomisch orientierte (korporatistische) Gewerkschaften mäßiger Lohnforderungen im Abschlag für höhere Beschäftigung stellen, als mittelstarke Gewerkschaften, die branchenweise konkurrieren. Die Eingebundenheit der Interessenverbände in staatliche Politik ist in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Derartige institutionelle Charakteristika ändern sich nur sehr langsam (vgl. van Waarden 1994) und können Jahrhunderte überdauern.

Betrachtet man den ökonomischen Integrationsprozeß, lassen sich daher auf der einen Seite steigende ökonomische Integration wie etwa

offene Grenzen feststellen aber auf der anderen Seite auch divergierende Prozesse, die Europa auseinanderfallen lassen. Zentrum-Peripherieprobleme, institutionelle Resistenz, Sprachbarrieren usw. verhindern einen effektiven ökonomischen Integrationsprozeß und lassen auch auf in Zukunft große Unterschiede erwarten.

Der ökonomische Integrationsprozeß geht aber nicht unabhängig von anderen Integrationsprozessen vor sich. Wie einige Probleme der geplanten Währungsunion zeigen, ist der ökonomische Integrationsprozeß insbesondere nicht unabhängig vom politischen Prozeß. Die geplante Währungsunion (Schritt 3 des Delors-Plans) wird als letzter Schritt in Richtung einer vollkommenen ökonomischen Integration gesehen. Egal, ob dies als ein weiterer Zivilisationsfortschritt (Matzner 1993) oder als ein Schritt in Richtung noch größerer »Barbarei« gesehen wird, ist dieser Schritt nicht unabhängig von politischen Prozessen. Das Aufgeben von nationalen Währungen ist ein beachtlicher institutioneller Schock, der von Ökonomen gelegentlich unterschätzt wird. Manchmal wird behauptet, daß eine Währungsunion im Grunde dasselbe sei wie unwiderruflich fixe Wechselkurse (vgl. Branson 1991, Breuss 1992). Dies ist ein Mißverständnis. Denn eine Währungsunion bedeutet, daß es keine ausländischen Devisenmärkte mehr gibt, keine Währungsspekulation, kein Wechselkursrisiko und keine Unsicherheit, während ein unwiderruflich fixes Wechselkurssystem nicht mehr ist als ein politisches Versprechen, das bestehende europäische Währungssystem in seiner strengsten Form beizubehalten. Die einzige Möglichkeit, nationale Währungen in einer Währungsunion beizubehalten, wäre eine völlige Neudefinition der nationalen Währungen, so daß eine DM gleich 1 Franc gleich 1 holländischer Gulden ist, usw. (vgl. Unger 1995). Der geplante institutionelle Schock der Währungsunion ist an die Erfüllung der Maastricht-Kriterien gebunden. Konvergenz der Budgetdefizite, Verschuldungsquoten, Inflationsraten und Zinssätze wird darin gefordert. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, daß es unmöglich ist, diese Kriterien in einer Wirtschaftskrise zu erfüllen. Auch erste Signale von Maastricht zeigen, daß nicht so heiß gegessen wie gekocht wird. Der derzeitige Trend scheint eher darin zu liegen, zu hoffen, daß möglichst viele Länder möglichst nahe an diese Kriterien herankommen, wie etwa die Diskussion um Belgien zeigt. Dies verdeutlicht, daß politische Prozesse (etwa ein Interesse das im Zentrum Europas liegende Belgien nicht von einer Währungsunion auszuschließen) auch beim Aufstellen öko-

nomischer Kriterien von Bedeutung sind. Was hier aber vor allem von Interesse ist, ist, welche impliziten Annahmen über das potentielle Verhalten der Mitgliedsländer in den Maastricht-Kriterien getroffen werden. Warum sollte es überhaupt nötig sein, Konvergenzkriterien aufzustellen, wenn doch der freie Markt ohnehin zur Konvergenz der Variablen führt. Meines Erachtens sind es zwei implizite Annahmen über das Verhalten von Akteuren, die in den Maastricht-Kriterien vorliegen:

1. daß Länder free-riden (denn nur dann besteht die Gefahr, daß die »prassenden« Defizitländer Kosten in Form höherer Inflation und Zinssätze für die Union erzeugen, die die »brav sparsamen« Länder dann mittragen müssen);
2. daß Kapitalmärkte imperfekt sind (denn nur dann werden sie von einem braven Niedrigschuldländ mit hoher Bonität dieselben hohen Zinsen verlangen wie von einem Land mit geringer Bonität).

Das heißt Maastricht selbst nimmt an, daß der ökonomische Integrationsprozeß von entgegengesetzten desintegrierenden Kräften wie nicht-kooperativem Verhalten der Mitgliedsländer und imperfekt risikodiskriminierenden Märkten begleitet wird.

Ein bißchen detaillierter läßt sich das Argument, daß strikte Budgetregeln nötig sind, um das Trittbrettfahren von Mitgliedsländern zu verhindern, wie folgt begründen. Es bestünde ein moral hazard Problem, da in einer Währungsunion Land A sich immer mehr verschuldet, ohne daß es durch den Wechselkursmechanismus sanktioniert werden kann. Dies schafft negative externe Effekte für die Union, da auch die Zinssätze für die Union als ganzes damit steigen würden. Mitgliedsländer würden demzufolge dann vielleicht zusätzlich noch Druck auf die Europäische Zentralbank ausüben, die Geldpolitik zu lockern, um die Zinsen wieder nach unten zu treiben. Als Folge davon sei die Preisstabilität der Währungsunion in Gefahr.

Wie de Grauwe (1990, 170f.) feststellt, besteht ein moral hazard Problem nur dann, wenn Kapitalmärkte imperfekt sind. Effiziente Kapitalmärkte würden vom schlechteren Schuldnerland einfach einen höheren Zinssatz verlangen als vom guten Schuldnerland und würden daher nicht der Gesamtunion einen höheren Zinssatz auferlegen. Effiziente Kapitalmärkte wären in der Lage, gute von schlechten Schuldnern nach wie vor zu trennen. Nichts würde sich ändern. Was wir

aber aus den strengen Budgetregeln schließen können ist, daß Maastricht dem Integrationsprozeß selbst nicht traut! Denn selbst wenn der unwahrscheinliche Fall eintritt, daß free-riding innerhalb der Mitgliedsländer in großem Ausmaße auftritt, würden effiziente Kapitalmärkte eine Verschuldungsexplosion verhindern. Vergleicht man dazu die Währungsunion der Vereinigten Staaten, kann man zeigen, daß die meisten Bundesstaaten freiwillige Budget- und Verschuldungslimits in ihrer Verfassung haben. Dies ist in erster Linie als Signal an die Kapitalmärkte (municipal bond markets) gedacht, weil diese effizient reagieren und deutlich höhere Zinsen von jenen Bundesstaaten verlangen, die eine höhere Verschuldung aufweisen. (Ein gewisses Ausmaß an free-riding, etwa durch Flucht aus dem Budget, weil der amerikanische Begriff der »Schuld« nicht klar definiert ist, ist dabei natürlich nicht auszuschließen; vgl. Unger 1995.)

Wie die obigen Ausführungen gezeigt haben, hängen integrierende und desintegrierende Kräfte von der Faktormobilität und von Problemen kollektiven Handelns ab. Ersteres hängt vor allem von soziokulturellen Faktoren ab, letzteres vor allem von politischen Faktoren. Ökonomische Integration ist daher eindeutig mit politischer Integration verbunden.

2.3 Politische Integration

Politische Integration kann in ihrer schwächsten Form in losen Vereinbarungen für spezielle Aufgaben zwischen verschiedenen politischen Gebilden bestehen. Ein höherer Integrationsgrad besteht bei der Konföderation, in der Staaten eines fixen Territoriums für variierende Aufgaben gelegentlich zusammentreffen. Eine noch stärkere Form politischer Integration ist das Bundesstaatensystem, wo einzelne Nationen für bestimmte Aufgaben zusammentreffen, das Territorium variabel sein kann, aber eine übergeordnete steuernde Zentralinstanz wichtige souveräne nationalstaatliche Agenden übernimmt. Die höchste Form politischer Integration ist der supranationale Staat, in dem sämtliche Aufgaben eines fixen Territoriums zentral verwaltet werden.

Während die gesetzliche Integration in der Europäischen Union schon sehr weit fortgeschritten ist, die ökonomische Integration fortschreitet, ist die politische Integration in der EU noch sehr wenig

entwickelt. Der europäische Zentralstaat ist wesentlich schwächer entwickelt als z.B. der deutsche oder amerikanische. Eine supranationale europäische Demokratie ist nicht möglich, da das »demos« (Volk), die Bürger, die dieses System unterstützen würden, nicht existiert. Eine europäische Identität, die jener der Nationen gleichen würde, existiert nicht (siehe Issensee 1992). Auch unter einem völlig anderen Blickwinkel kann man ein politisch nicht integriertes Europa betrachten, wenn man es nämlich als Lobbying von transnationalen Firmen interpretiert (vgl. Prisching 1992).

Die Tatsache, daß im Vertrag von Maastricht die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union – d.h. zu einer Politischen Union – erweitert wird, ist eine erste Antwort auf die bisher versäumten Notwendigkeiten einer politischen Integration. Wie weit aber souveräne Nationalstaaten in ihrem Zusammenspiel ohne eine existierende zentrale Europastaatsstelle einem der gängigen politischen Integrationsmuster entsprechen werden, sei dahingestellt.

2.4 Soziale Integration

Soziale Integration ist das Stiefkind im europäischen Integrationsprozeß. Eine europäische Identität existiert nicht, eine gemeinsame europäische Kultur wird – wenn überhaupt – dann nur in Abgrenzung nach außen betont, während nach innen Differenzierung vorherrscht. Es sieht vielmehr so aus, als ob die Politiker in Richtung Europa schreiten, aber ihre Wähler (zumindest rund 50%) ihnen nicht nachfolgen. Aber nicht nur in Fragen der soziokulturellen Integration, auch in Fragen der sozialen Dimension ist die europäische Integration sehr wenig fortgeschritten. Die »soziale Dimension« des Binnenmarktes besteht hauptsächlich in der Rückdelegation der sozialen Agenden an die nationalen Politiken unter dem Deckmäntelchen der »Subsidiarität«.

3. Politische versus ökonomische Integration

Es herrscht ziemliche Übereinstimmung, daß die legale Integration am weitesten fortgeschritten ist, während die soziale Integration am weitesten hinten im Integrationsprozeß steht. Was nicht so klar und

eindeutig ist, sind Prognosen über die Geschwindigkeit des politischen und ökonomischen Integrationsprozesses, deren Stellung zueinander und darüber, welche Konsequenzen dies für Europa hat. Tabelle 2 zeigt vier verschiedene Konstellationen zwischen politischer und ökonomischer Integration bzw. Desintegration. (Der Begriff Desintegration wird hier breit verwendet, so daß er auch Nicht-Integration bzw. geringe Integration im Vergleich zu den stärkeren Integrationsformen umfaßt.)

Tabelle 2: Politische und ökonomische Integration

	ökonomische Integration	ökonomische Desintegration
politische Integration	BUNDESSTAAT/ FÖDERALISMUS	IMPERIALISMUS
politische Desintegration	INTERREGNUM	STAATENBUND/ KONFÖDERATION

3.1 Politische Desintegration und ökonomische Integration – Interregnum

Bogdandy (1993) sieht europäische Integration als eine völlig neue Struktur europäischer Politik. Auf der zentralen europäischen Ebene existiert ein sehr schwaches politisches System das – ungleich einem Staat – nicht einmal vorgibt, die gesamte soziale Gemeinschaft, die Gesellschaft, zu repräsentieren. Der politische Bereich hat kein stark ausgeprägtes Zentrum, Politik besteht vielmehr im Angleichen verschiedener Interessen aneinander, anstatt darin, einen »Allgemeinwillen« zu realisieren. Das vereinheitlichende Zentrum, das für Nationalstaaten typisch war, existiert nicht mehr in der EU. Nationale Politiken lösen sich selbst völlig bewußt und absichtlich auf. Sie opfern ihre politischen und ökonomischen Steuerungskapazitäten, ohne daß ein Ersatz auf supranationaler Ebene überhaupt im Blickfeld ist (Bogdandy 1993, 55). »Die Politik führt im Prozeß der europäischen

Integration eines ihrer ambivalentesten Stücke auf: sie ist führende Kraft, in seinem Verlauf aber entmachtet sie sich selbst, indem sie Verrechtlichung, Versachlichung und Technisierung massiv vorantreibt« (Bogdandy 1993, 55). Ökonomische Integration geht daher gemäß Bogdandy parallel einher mit politischer Desintegration. Eine neue pluralistische und polizentrische Struktur wird als Konsequenz der ökonomischen Integration auftauchen.

Auch Scharpf (1992, 24ff.) beklagt den Mangel an politischer Integration. Obwohl Europa seine Grenzen abgeschafft hat, gibt es keine vergleichsweise Bereitschaft, europäische politische Institutionen zu installieren und zu implementieren. Dieser Zustand von ökonomischer Integration ohne politische Integration wird laut Scharpf auch in der vorhersehbaren Zukunft weiterbestehen (1992, 24). Ein Beispiel des Zusammenspiels ökonomischer Integration und politischer Nicht-Integration ist folgendes: Die Europäisierung von Märkten setzt sämtliche nationalen Regulierungsbestimmungen außer Kraft, die z.B. Arbeitsmigration verhindern würden. Nationale Politiken sind damit hilflos in der Steuerung des Arbeitsangebots. Es ist ferner auch nicht erlaubt, heimische Anbieter gegenüber ausländischen Anbietern zu protektionieren, zu beschützen und zu bevorteilen. Nur der andere Weg – den heimischen Erzeugern Hindernisse aufzuerlegen zum Vorteil der ausländischen Firmen – ist immer noch gangbar. Eine derartige Maßnahme würde aber in Kapitalflucht enden und in eine politische Sackgasse führen. Ökonomische Integration setzt daher politische Regulierungs- und Steuerungsmuster außer Kraft, ohne gleichzeitig zu neuen vorhersehbaren politischen Strukturen zu führen.

Das Dilemma ist daher, daß die Nationalstaaten nicht länger in der Lage sind, die Konsequenzen von ökonomischer Integration zu regulieren. Regulierungskompetenz auf europäische Ebene zu übertragen würde ökonomisch effektiv sein, aber politisch ineffektiv. Die politischen Entscheidungsträger in der Gemeinschaft wären nämlich immer noch vom Konsens zwischen den Mitgliedsstaaten abhängig, ohne aber die direkte demokratische oder politische Legitimation eines gewählten Parlaments zu besitzen. Scharpf sieht zwei Auswege aus dieser Sackgasse: Der erste Ausweg besteht in Föderalismus. Aber die Europäische Gemeinschaft hat nicht genügend Macht, um Nationalstaaten ökonomisch oder politisch unter Druck zu setzen, wie dies in Amerika und wie dies auch im deutschen Föderalismus der Fall ist.

Dort wird der Egoismus der Länder durch die Bundespolitik diszipliniert, die die öffentliche Meinung beeinflusst. Derartige ist in der EU nicht denkbar. Eine gemeinsame nationale Kultur, gemeinsame ökonomische und soziale Lebensformen, gemeinsame Administration etc. fehlen in der Europäischen Union. Daher ist ein Bundesstaat als Lösung des politischen Desintegrationsproblems nicht plausibel. Die zweite Richtung, die Scharpf sieht, ist negative Koordination. Eine optimale Dezentralisation (Scharpf macht nicht klar, was er unter optimal versteht) durch hierarchische Koordination zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten und horizontale Selbstkoordinierung auf unteren Ebenen sind denkbar. Heikle Themen, wie Verteilungskonflikte und die Veränderung von Institutionen und Organisationen, die zu großen Konflikten führen würden, werden ausgespart. Die Lösung bestünde darin, autonomieerhaltende Interventionsstrategien innerhalb der EU zu suchen. Zu viele und zu genaue gesetzliche Regulierungen würden den Mitgliedsstaaten nicht genug Autonomie überlassen und würden daher im Namen der Subsidiarität konterkariert werden. Die Europäische Union sollte daher gegenseitige Autonomiebestrebungen anerkennen wie z.B. nicht einheitliche Standards und Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Mitgliedsstaates oder sollte das Durchsetzen von oberen und unteren Begrenzungen statt genauer Werte forcieren. Da politischer Konsens innerhalb der EU ein seltenes und knappes Gut bleiben wird, sind die Konsequenzen des Binnenmarktes von den Nationen und Regionen zu tragen, aber unter Bedingungen verstärkten ökonomischen Wettbewerbs – Internationalisierung – und unter gesetzlichen Normen von »negativer Integration«. Diese gesetzlichen Normen der negativen Integration müssen reduziert werden, um die optimale Realisierung autonomer, nationaler und regionaler Aktionen zu gewährleisten.

Nicht nur Bogdandy und Scharpf sondern auch Nowotny (1994) bedauern den Mangel von politischer Integration im europäischen Integrationsprozeß. Nowotny ist allerdings optimistischer was die Zukunftsperspektiven Europas angeht. Seiner Meinung nach befinden wir uns in einer Periode eines »Interregnums«, wo der Transfer von Wirtschaftspolitik, von der nationalen zur supranationalen Ebene noch nicht stattgefunden hat. In dieser Zeit des Interregnums fehlen supranationale Regelungen, während nationale Regelungen schon außer Kraft sind. Es ist eine Zeit der Willkür. Nowotny sieht z.B. die gestiegene Arbeitslosigkeit in Europa als Folge des Mangels einer

europäischen makroökonomischen Wirtschaftspolitik. Er ist aber optimistisch, da er in den Maastricht-Verträgen schon einige erste Anzeichen für eine verstärkte politische Integration sieht. Die geplante Politische Union sieht eine stärkere Position des europäischen Parlaments vor und das Konzept einer europäischen Zentralbank. Die Endlösung, die Nowotny offensichtlich vorschwebt, ist daher ein Aufholen des politischen Integrationsprozesses gegenüber dem gesetzlichen und ökonomischen Integrationsprozeß und die Schaffung eines supranationalen Staates. Die wesentlichen wirtschaftspolitischen Kompetenzen wie Geld – Währung – Fiskalpolitik sollten auf supranationaler Ebene erfolgen.

Alle drei Autoren sehen das Auseinanderfallen von politischer und ökonomischer Integration als einen vorübergehenden Zustand – als »Interregnum«. Unterschiedliche Auffassungen vertreten die Autoren, wohin der politische Desintegrationsprozeß führen wird. Während Nowotny den Desintegrationsprozeß umgekehrt für die Zukunft sieht, Scharpf eine de facto Status quo Lösung vorschlägt, sieht Bogdandy den Zerfallsprozeß weitergehend und daher eine neue, pluralistische und polyzentrische Struktur.

3.2 Politische Integration und ökonomische Integration – der Bundesstaat/die Föderation

Das geplante Modell der Wirtschafts- und Währungsunion ist mit der Vorstellung eines Bundesstaates kompatibel. Europa als Bundesstaat war schon die Vorstellung in den 50er Jahren. Politische und ökonomische Integration ist die Voraussetzung für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere eine Währungsunion in Europa. Wie Theurl (1992) zeigt, kann man aus der Geschichte von Währungsunionen in Europa sehen, daß nur jene langfristig stabil und von Erfolg waren, wo auch politische Integration bestand. Währungsunionen, in denen politische Integration nicht gegeben war, waren von kurzer Dauer und zerfielen.

Doch sollte – selbst wenn sich das Idealmodell Europa als Bundesstaat realisieren sollte, indem z.B. der unwahrscheinliche Fall eintritt, daß sich ein europäisches Bürgertum, ein starker Europastaat etc., der die Länder unter Kontrolle halten kann, herausbilden sollte – auf die

großen Unterschiede hingewiesen werden, die selbst dann bestehen bleiben.

Die Währungsunion der USA zeigt uns, daß sogar nach mehr als 100 Jahren solch einer Union Ungleichheiten bestehen bleiben. Barro und Sala-I-Martin (1991), die das persönliche Einkommen und den Output in den 50 amerikanischen Bundesstaaten von 1880-1988 untersucht haben, folgerten, daß Konvergenz ein sehr sehr langsamer Prozeß ist. Das heißt, selbst in einem politisch und ökonomisch integrierten Konglomerat war das Pro-Kopf-Bruttostaateneinkommen von Mississippi 1989 mit 14.763 \$ weniger als die Hälfte von jenem im Alaska (36.563 \$). In der Europäischen Union sind die derzeitigen Ungleichheiten größer. 1991 war das Bruttoinlandsprodukt Dänemarks vier mal so hoch wie jenes von Portugal. Die Arbeitslosenraten schwankten zwischen 2,7% in Nebraska und 10,5% in West Virginia 1991 (siehe Rauch 1994). Wie aus der Tabelle 1 ersichtlich ist, sind die prozentuellen Unterschiede in Europa wesentlich höher (23,8% in Spanien, 6% in Portugal). Das heißt, selbst wenn politische und ökonomische Integration gelingt, haben wir trotzdem – selbst in einer so homogenen Gesellschaft wie den USA – ein Auseinanderklaffen von Variablen zu beobachten. Dies, obwohl die USA wesentlich homogener sind als es Europa jemals sein wird. Auch ist der Zentralstaat in den USA wesentlich stärker ausgeprägt als auf der europäischen supranationalen Ebene. Cirka 60% der fiskalischen Angelegenheiten werden in den USA vom Zentralstaat erledigt.

Selbst wenn zur ökonomischen Integration eine Form von politischer Integration sich dazugesellt, wird diese Form des Bundesstaates anders sein als jene die wir bisher kennen. Europa scheint weit entfernt von einem hohen Grad an politischer Integration zu sein. Für die europäische Demokratie fehlt das »demos«. Es gibt keinen europäischen Bürger oder Wähler. Aber selbst dann, wenn irgendeine Form politischer und ökonomischer Integration sich einpendeln sollte, sollte man nicht vergessen, daß ökonomische Ungleichheiten weiterbestehen würden. Effektive ökonomische Integration im Sinne einer Angleichung ökonomischer Variablen wird auch dann nicht der Fall sein.

3.3 Politische Integration und ökonomische Desintegration – *Imperialismus*¹

Typische Beispiele von politischer Integration ohne ökonomische Integration waren Weltreiche. Portugiesische Kolonien mit asymmetrischen Handelsbeziehungen, die vom politischen Zentrum erzwungen wurden, sind ein Beispiel hierfür. Dieses Szenarium – das immer einen sehr undemokratischen Akt impliziert – ist für die geplante Europäische Union sehr unwahrscheinlich. Aber es könnte dann eine Rolle spielen, wenn wir Osteuropa miteinbeziehen. Osteuropa könnte jene Peripherie werden, aus der Rohmaterialien vom westeuropäischen Zentrum, mit Handelsbarrieren und politischer Macht im Westen, ausgebeutet werden. Doch selbst wenn wir nicht die dunkelsten Szenen herbeischwören wollen, könnte auch ein benevolentes Imperium vorstellbar sein, etwa in dem Sinn, daß der Westen die Demokratie in Osteuropa überwacht und garantiert.

Das Szenarium der politischen Integration und der ökonomischen Desintegration ist angesichts der derzeitigen Tendenzen einer stärker ökonomischen als politischen Integration sehr unwahrscheinlich. Imperialismus ist daher – obwohl er sicher eine stabilere Lösung als das Interregnum darstellt – eine sehr unwahrscheinliche Lösung.

3.4 Politische Desintegration und ökonomische Desintegration – *Konföderation*

Die Geschichte Europas (zumindest jene Nordeuropas) zeigt, daß ökonomische Integration immer politischer Integration bedarf. Die Geschichte der europäischen Integration seit dem 16. Jahrhundert zeigt, daß politische Institutionen (nämlich der Zentralstaat – wie immer das Territorium des Staates war) gebraucht werden für die Entwicklung von Märkten und von Handel. Ohne Eigentumsrechte, die durch den Staat garantiert und erzwungen werden können, gäbe es keine ökonomische Integration. Märkte integrieren freie und unabhängige Individuen. Die Vereinheitlichung von Territorien in einem gemeinsamen heimischen Markt fand daher stets durch den Zentralstaat statt (der deutsche Ausdruck für Handel – le »doux commerce«

¹ Diesen Punkt verdanke ich Philippe Schmitter.

– stammt von »Händel«, was Raub bedeutet, ab und zeigt daher, daß der Zentralstaat eine wichtige Rolle für die ökonomische Zivilisation und Integration spielte). Außenhandel war immer ein wesentlich größeres Problem bei diesen Integrationsbestrebungen als Innenbeziehungen. Adam Smith z.B. führt seine »invisible hand« nur (!) für den Außenhandel ein, in der Hoffnung, daß dieses Zauberwerkzeug helfen würde, heimische Vollbeschäftigung und ökonomische Integration herzustellen (vgl. Bauer/Mathis 1988, Kap. 15 und 17; Pirker 1993).

Politische Desintegration und ökonomische Desintegration wären denkbar in einem Szenario des Staatenbundes, des losen Nebeneinanders von politischen und ökonomischen Einheiten. Diese könnten sich für bestimmte Aufgaben zu gemeinsamen Zwecken zusammenschließen, etwa in Fragen des Handels oder der Industriepolitik.

4. *Schlußfolgerungen*

Wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, gibt es unterschiedliche Kombinationen von politischen und ökonomischen Integrationsintensitäten, die fast alle dauerhaft sein können. Mit Ausnahme des Interregnums – des Zustandes von ökonomischer Integration ohne politischer Integration – das nur eine Übergangslösung darstellt, handelt es sich um historisch erprobte Integrationsmuster von mehr oder weniger Stabilität. Für ein zukünftiges Europa entfällt die Möglichkeit eines Imperiums – des Zustandes von politischer Integration ohne ökonomische Integration –, da das Ziel der Europäischen Union ja gerade die ökonomische Integration ist. Interregnum und Imperium sind daher keine brauchbaren Szenarien für Europa. Das bedeutet, daß die Zukunft Europas auf jeden Fall in der Hauptdiagonale von Tabelle 2, d.h. in einer Parallelentwicklung von politischer und ökonomischer Integration liegen wird. Die konkrete Ausgestaltung kann dabei von einer nur losen politischen und ökonomischen Vereinigung, einer Konföderation, bis hin zu einer intensiven politischen und ökonomischen Integrationsform, der Föderation, rangieren.

Derzeit befinden wir uns im unteren Teil von Tabelle 2. Politische Integration hat nicht stattgefunden – darin sind sich alle Europa-interpreten einig. Ob ökonomische Integration stattgefunden hat oder nicht ist eine Frage der Definition. Nowotny (1994), der einen

Zustand des Interregnums sieht, sieht im Öffnen der Grenzen ökonomische Integration. In dieser Arbeit wurde ökonomische Integration jedoch als ökonomisch effektive Integration definiert, die jedenfalls nicht stattgefunden hat. Die Mitgliedsstaaten und potentiellen Anwärter auf die EU haben ihre Produktions- und Tauschsphäre noch nicht voll integriert. Dies zeigt sich empirisch in den anhaltenden Ungleichheiten bei Wachstumsraten, Arbeitslosenraten und Inflationsraten. Politische Desintegration und effektive ökonomische Desintegration – die Konföderation – sind daher der Status quo.

Bei der Interpretation, in welche Richtung wir uns von Zeile 2 der Tabelle 2 in Zukunft in Europa bewegen werden, gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Anhänger der Maastricht-Idee, die an eine baldige Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion glauben, sehen in einem bundesstaatlichen System die Zukunft Europas. Vermehrte Übernahme von nationalstaatlichen Agenden – etwa im Bereich der Fiskalpolitik – durch den Supranationalstaat EU soll z.B. laut Nowotny (1994) vom Interregnum hin zu einem politisch integrierten (bundesstaatlichen?) Europa führen. Makroökonomische Agenden, wie Beschäftigungspolitik, sind auf dieser supranationalen Ebene, die zu verstärken ist, noch vorzunehmen.

Im Gegensatz dazu scheint mir die rechte Ecke unten in Tabelle 2 die realistischere Zukunft Europas. Die Zukunft Europas sieht für mich eher nach einer Art losem ökonomischen Arrangement aus, mit verstärktem Handel aufgrund der Standardisierung von Produkten und der Öffnung von Grenzen. Nicht Föderalismus, sondern was Scharpf (1992) »negative Integration und optimale Dezentralisierung« (was immer er mit optimal auch gemeint haben mag) nannte, bzw. was Schmitter (1992) als »confederatio« bezeichnet, scheint mir das wahrscheinlichste Ergebnis, d.h. eine Fortsetzung des status quo aufgrund mangelnder politischer und effektiver ökonomischer Integration. Derzeit, insbesondere seit dem Maastricht-Vertrag von November 1993, wo auch erste Zeichen einer geplanten politischen Union auftauchen, wird, entgegen meiner Auffassung, die föderalistische Lösung oft als die wahrscheinlichste angesehen. Aber Europa würde dann ein gänzlich anderer Bundesstaat sein als jene Bundesstaaten, die wir bisher kennen. Nämlich ein Bundesstaat ohne starkes Zentrum, das die Einzelstaaten disziplinieren kann. Es würde daher eine völlig andere Struktur in diesem Bundesstaat herrschen, und sie würde den Charakteristika der Konföderation viel mehr entsprechen als den der-

zeit existierenden Föderationen (wie z.B. in den USA oder in Deutschland). Europa wäre dann nur eine schwache Version dessen, was Carl Schmid 1949 schon forderte und als unabdingbar sah: »Europa muß man schon als Bundesstaat wollen« (zit. in: Schäfer 1993, 31).

Literatur

- Abrams, R./Cornelius, P.K./Hedfors, P.L./Tersman, G. (1990): The Impact of the European Community's Internal Market on the EFTA, Occasional Paper No. 74, International Monetary Fund, Washington D.C.
- Altzinger, W. (1992): Ost-West-Migration ohne Steuerungsmöglichkeiten? WU-Working-Paper No. 15, September.
- Barro, R./Sala-I-Martin, X. (1991): Convergence Across States and Regions, in: Brookings Papers on Economic Activity, Washington, No 1, 107-182.
- Bauer, L./Matis, H. (1988): Geburt der Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktgesellschaft.
- Bogdandy, A. von (1993): Konturen des integrierten Europa, Stand und Perspektiven der europäischen Integration, in: Europa Archiv, Folge 2, 49-58.
- Branson, William H. (1991): Exchange Rate Policies for the EFTA Countries in the 1990s, Genf, EFTA Occasional Paper, No. 32.
- Breuss, F. (1990): Integration in Europa und gesamtwirtschaftliche Entwicklung. EG- und EFTA-Staaten im Vergleich, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Buiter, W.H. (1985): A Guide to Public Sector Debt and Deficits, in: Economic Policy, Nov., 14-79.
- Casella, A. (1991): On Markets and Clubs, Economic and Political Integration of Regions with Unequal Productivity. Paper prepared for the meeting of the American Economic Association, January 1992.
- De Grauwe, Paul (1990), The Economics of Monetary Integration, Oxford, Oxford University Press.
- Djurdjevic, M. (1992): Divergenz und Konvergenz wirtschaftspolitischer Maßnahmen in den EFTA-Ländern angesichts der EG-Entwicklungen 1985-1990, Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien, im Erscheinen.
- Dye, Th. R. (1991): Politics in States and Communities, Prentice Hall, 7th ed., Englewood Cliffs, New Jersey.

- Eichengreen, B. (1991): Will European Currency Unification Exacerbate Regional Unemployment Problems? Paper prepared for the Conference on Labor's Response to 1992 in Berkeley, April 26-27.
- Hartmann, R. (1993): Auswirkungen von Integrationsbestrebungen auf Leistungsbilanzen, Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien, im Erscheinen.
- Issensee, J. (1993): Nachwort. Europa – die politische Erfindung eines Erdteils, in: Issensee (Hrsg.), Europa als politische Idee und als rechtliche Form, Berlin.
- Knöbl, A. (1990): Europe: Why does Unemployment Differ? Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, WIFO-Working Papers, Nr. 38, Wien.
- Kregel, J./Matzner, E./Grabher, G. (1992): The Market Shock. An AGENDA for the Economic and Social Reconstruction of Central and Eastern Europe, Wien.
- Matzner, E. (1993): Der europäische Markt und die Weltwirtschaft, in: Bunz, Axel R. (Hrsg.), Nachdenken über Europa, Berlin, 61-85.
- Nowotny, E. (1994), Wirtschaftspolitik: Ende oder Interregnum – Was kommt nach der nationalen Wirtschaftspolitik, in: Die Zeit, März.
- OECD (1993): Elmeskov, Jorgen, High and Persistent Unemployment, OECD Economic Department Working Papers, No. 132, Paris.
- Pelkmans, J./Vanheukelen M. (1988): The Internal Markets of North America. Fragmentation and Integration in the US and Canada, Research on the »Cost of Non-Europe«, Basic Findings, Volume 16, Luxemburg.
- Persson, T./Tabellini G. (1990): The Politics of 1992: Fiscal Policy and European Integration, Paper prepared for the Conference on Economic Policy in Political Equilibrium, Stockholm, June 14-16.
- Prisching, M. (1992): Neue Tendenzen im Bereich der Interessenvertretung und Sozialpartnerschaft, Vortrag an der Arbeiterkammer Wien.
- Rauch, Thomas (1994): Fiscal Federalism in den USA und in Europa, Diplomarbeit der Wirtschaftsuniversität, Wien.
- Rothschild, K.W. (1986): »Left« and »Right« in »Federal Europe«, in: Kyklos, internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Basel, Volume 39, Fasc. 3, 259-276.
- Rothschild, K.W. (1990): Probleme der Wirtschaftspolitik. In: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hrsg.): Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Wien-Bremen, 1-15.
- Schäfer, H. (1993): Europas Einheit: Herkunft, Ziel, Form. In: Issensee (Hrsg.), Europa als politische Idee und als rechtliche Form, Berlin.
- Scharpf, F.W. (1987): A Game-Theoretical Interpretation of Inflation and Unemployment in Western Europe, in: Journal of Public Policy 7, 227-257.

- Scharpf, F.W. (1992): Wege aus der Sackgasse, Europa: Zentralisierung und Dezentralisierung, in: WZB-Mitteilungen 56.
- Schmitter, Philippe C. (1992): The Future of the European Polity, Stanford University, Draft.
- Theurl, T. (1992): Eine gemeinsame Währung für Europa. 12 Lehren aus der Geschichte, Innsbruck.
- Unger, B. (1995): Handlungsspielräume kleiner offener Volkswirtschaften bei fixem Wechselkurs und in einer Währungsunion, in: C. Thomasberger (Hrsg.), Europäische Geldpolitik zwischen Marktzwangen und neuen institutionellen Regelungen. Zur politischen Okonomie der europäischen Wahrungsintegration, Marburg.
- Unger, B./Grandner, Thomas (1993): The Role of Governance Institutions for the Future of Economic Policy, Paper prepared for the SASE Conference, March 1993, New York.
- Unger, B./Klatzer, E. (1991): Will Internationalization Lead to a Convergence of National Economic Policies?, Working Paper of the Vienna University of Economics and Business Administration, No. 12, June.
- Van Waarden, Frans (1994): On the Persistence of National Policy Styles, University of Utrecht, Draft.